



„Schröder hat Reformen nicht erklärt“

Die Halzeitbilanz von Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel als ernüchternd für Deutschland bezeichnet.

„Der Kanzler hat am heutigen Tag eine Chance verpasst, Vertrauen wiederzugewinnen, das ja ganz offensichtlich in den neuen Bun-

desländern verloren gegangen ist“, betonte Merkel bei einem Besuch in ihrem Wahlkreis nach dem Auftritt des Bundeskanzlers vor der Bundespressekonferenz.

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass in den vergangenen drei Jahren in Deutschland drei Millionen

INHALT

Karl-Josef Laumann:
Zwei Jahre Hartz-Reformen
Eine Bilanz

Seite 2–3

Dokumentation
Zwei Jahre Hartz-Reformen
Eine Bilanzanalyse

Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Gesprächskreis Kultur: Positionspapier „Kulturelle Bildung“ vorgestellt (Seite 5) ■ Für Sie gelesen (Seite 7) ■ Brandenburg: Chance, stärkste Partei zu werden (Seite 8) ■ Saarland: CDU ist auf Kurs. Bericht über das Sommerfest in Nohfelden (Seite 9) ■ Arbeitskreis Christlich-Demokratischer-Juristen in Brüssel gegründet (Seite 10) ■ EVP-ED-Fraktion: Pöttering begrüßt Aufgabenteilung der künftigen EU-Kommission (Seite 11) ■ Annette Widmann-Mauz: Gesundheitsprämie oder Bürgerversicherung – Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit? (Seite 12) ■ Michael Meister: Verlässliche Finanzausstattung der Kommunen nur mit Reformen möglich (Seite 14) ■ Peter Götz: Weit mehr als 69 Kreise wollen die eigenständige Trägerschaft (Seite 15)

► sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren gegangen seien. Hier müsse entschieden gegengesteuert werden, damit es „endlich wieder Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt“ gebe, forderte Merkel. An der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes kritisierte sie, dass „die Förderung, die Perspektive und die Vision für die Menschen nicht ausreichend gegeben“ sei.

Zu den Vorwürfen Schröders, die Union beteilige sich an einem „Vernichtungsbündnis“, sagte Angela Merkel, der Kanzler suche verzweifelt nach Schuldigen. „Für uns gilt: Wir gehen immer dann Kompromisse ein, wenn die Vorteile die Nachteile überwiegen. Das haben wir bei der Gesundheit und Hartz IV gemacht. Und dann stehen wir auch zu den Kompromissen“.

Bilanz

Zwei Jahre Hartz-Reformen

Zwei Jahre nach der Vorstellung der Ergebnisse der Hartz-Kommission hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine negative Bilanz der Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung gezogen.

„Hartz ist eine riesige Lege von Versprechungen, tollen Wörtern und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die einen Haufen Geld

kosten“, sagte Karl-Josef Laumann bei einer Bilanzpressekonferenz zu den Hartz-Reformen.

Mit den „Reformen“ habe die Bundesregierung lediglich eine gigantische Showgeschichte inszeniert, bei der den Menschen sehr viel versprochen worden sei, sagte Laumann. Viele der neuen Wörter seien inzwischen schon wieder aus der politischen Diskussion verschwunden. Vom Job-Fla-

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis/jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ter, der Quick-Vermittlung und dem Bridging-System spreche heute niemand mehr, erinnerte Laumann.

Von dem Versprechen des Kommissionsvorsitzenden und VW-Vorstandes Peter Hartz, die Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Jahren zu halbieren, sei nichts übrig geblieben. Vielmehr sind an jedem einzelnen Tag seit Verkündigung des Hartz-Papiers vor 731 Tagen durchschnittlich über 460 neue Arbeitslose hinzugekommen und rund 1.547 sozialversicherungspflichtige Jobs verloren gegangen, rechnete Laumann vor. Seit dem 16. August 2002 haben Unternehmen aufgrund der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland täglich über 220 offene Stellen zusammengestrichen. Nur die Minijobs aus dem Hartz-II-Gesetz seien eine „Erfolgsgeschichte“, die auf einen Vorschlag aus dem Wahlprogramm der Union zurückgehe, sagte Laumann.

In der anhaltenden Diskussion um die Hartz-IV-Gesetze verteidigte Laumann das Gesetz. CDU und CSU hätten bereits in der vergangenen Wahlperiode als erste politische Kraft die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe gefordert. Dies sei im



Grundsatz richtig, sagte Laumann.

Über die Anhebung beim Vermögensfreibetrag für Kinder hinaus, sieht Laumann jedoch keinen Korrekturbedarf. In der Frage des Auszahlungstermins verwies der Arbeitsmarktexperte auf die Regierung. „Das verantwortet die Regierung alleine“, machte Laumann klar. In der Umsetzung der Hartz-IV-Reform habe die Regierung „handwerklichen Mist“ gemacht und die Bevölkerung viel zu spät informiert, kritisierte der Arbeitsmarktexperte.

Dessen ungeachtet habe sich mit den vier Hartz-Gesetzen in Deutschland in den vergangenen beiden Jahren etwas bewegt, heißt es in der Bilanz. „Mit Unterstützung und auf Drängen

der Union“ seien strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in Gang gekommen, wie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe oder die Aufstockung und Entbürokratisierung der Minijobs. Laumann stellte jedoch klar, dass die eingeleiteten Veränderungen nicht ausreichten, um eine tatsächliche Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Hierzu seien weitere Maßnahmen im Arbeitsrecht, aber auch eine spürbare Senkung der Lohnzusatzkosten, nötig. Die Unionsfraktion habe in den vergangenen Monaten dazu im Deutschen Bundestag viele Vorschläge gemacht, die er in einem 20-Punkte-Plan zur Reform des Arbeitsmarktes zusammenfasste.

Herbstkampagne

Sechs Jahre Rot-Grün

Im September sind zwei Jahre seit der letzten Bundestagswahl vergangen.

Es waren erneut verlorene Jahre für Deutschland. Eine Gelegenheit, dies in Form einer Kampagne darzustellen, ist die Halbzeit dieser Wahlperiode im Herbst. Nicht zuletzt zur Unterstützung unserer wahlkampf-führenden Landesverbände wird die CDU die erschreckende Bilanz von Rot-Grün und die Notwendigkeit für eine andere Politik ganz in den Mittelpunkt der Parteipraktivitäten des Monats September stellen.

Für Aktionen vor Ort stellt die Bundesgeschäftsstelle ab sofort eine Reihe von Werbemitteln zur Verfügung. Dazu gehören Flyer, Internet-Angebote, eine Wandzeitung und interne Kommunikations- und Argumentationshilfen. Wichtigstes Werbemittel wird eine ganz aktuelle Ausgabe der bewährten „Aktionszeitung“ sein. Die Mehrheit der Landesverbände hat das Angebot der Bundesgeschäftsstelle angenommen

und eine eigene Landesseiten beigesteuert. Lassen Sie sich überraschen. Über Einzelheiten unserer Angebote im Rahmen der Halbzeitaktion werden wir Sie regelmäßig via E-Mail und im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de informieren.

Rot-Grün braucht Druck, sonst wird sich am politischen Chaos in der Bundesregierung nichts ändern.

Machen Sie mit bei unserer Halbzeitkampagne im September.



Zeugnis für 6 Jahre Rot-Grün

| Wohlstand | Wachst. | 1999 |
|-------------------|----------|-----------------------|
| Arbeitslosenquote | steigend | 4,2% → 4,4% |
| Wohlstand | steigend | + 425.000 → + 300.000 |
| Wohlstand | steigend | 84,2 → 85,8 |
| Wohlstand | steigend | 14,4 → 15,5 |
| Wohlstand | steigend | 19.300 → 21.000 |
| Wohlstand | steigend | 2.000 → 1.700 |
| Wohlstand | steigend | - 18 → 2,00 |
| Wohlstand | steigend | 1,9 |



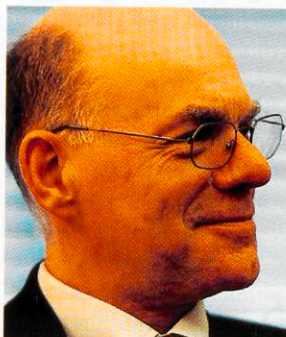
BESTELLINFOS

Nähere Informationen zu den einzelnen Materialien, Bestellnummern, Preise etc., finden Sie auf den letzten Seiten dieser UID-Ausgabe.

Kulturelle Bildung

Die Mitglieder des Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschland, in dem Kultur-Minister und -Dezernenten der unionsgeführten Länder und Städte, Kulturpolitiker der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Künstler und Repräsentanten wichtiger Kultureinrichtungen vertreten sind, haben am 29. Juni 2004 ein gemeinsames Positionspapier zum Thema „Kulturelle Bildung“ verabschiedet. Der Vorsitzende des Gesprächskreises, Bundestagsvizepräsident Dr. Norbert Lammert, und die stellvertretende Vorsitzende, Prof. Monika Grütters, MdA, stellten das Positionspapier am 14. Juli 2004 der Presse vor:

1. Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Bildung ist weit mehr als die Vermittlung von Wissen, Fertigkeiten und Qualifikationen, die den Menschen befähigen, wechselnden Ansprüchen seiner Umwelt gerecht zu werden. Dabei geht es sowohl um den Prozeß der Aneignung von Fähigkeiten und Kenntnissen als auch um dessen Resultat. Bildung ist



Norbert Lammert



Monika Grütters

ein Weg des Menschen zu sich selbst, seiner Herkunft, seiner Freiheit und seinen Bindungen. Dazu gehören auch die Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge und die Fähigkeit zur Erinnerung. Von der reinen Wissensvermittlung unterscheidet sich Bildung dadurch, daß sie den ganzen Menschen im Blick hat und über die eigene Existenz hinaus weist. Genau darin liegt ihre kulturelle Dimension. Kulturelle Bildung ist die Schlüsselkompetenz zur Persönlichkeitsentwicklung.

2. Kulturelle Bildung muß in der Familie beginnen und darf mit der Schule nicht aufhören. Als wichtigste Grundlage für die Vermittlung übergreifender Kompetenzen wie Kreativität, Flexibilität, Kommunikations-

fähigkeit und ästhetisches Urteilsvermögen muß sie in gleicher Weise Gegenstand lebenslangen Lernens sein wie die Aktualisierung von Wissen, Kenntnissen und Fähigkeiten. Orte kultureller Bildung sollten alle Instanzen des Lernens, der Ausbildung und des Berufes sowie des gesellschaftlichen Austausches sein.

3. Kulturelle Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten oder geförderten Bildungssystems. Dies muß für Bund, Länder und Kommunen in ihren jeweiligen, unterschiedlichen Aufgabenfeldern grundsätzlich in gleicher Weise gelten. Dabei kommt den Kommunen und den Ländern im Rahmen der Kompetenzverteilung unserer Verfassung eine her-

ausragende Verantwortung zu, die angesichts der überproportionalen Kürzung der öffentlichen Ausgaben für Kulturförderung bei Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken in Zukunft wieder verstärkt wahrgenommen werden muß.

4. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben (Artikel 31 der UN-Konvention über die Rechte der Kinder). Ohne Kenntnis entsteht kein Verständnis, ohne Motivation ist kein Engagement zu erzielen. Wenn bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Kunst und Kultur nicht nachwächst, dann vermindert sich unvermeidlicherweise in Zukunft sowohl das Angebot wie die Nachfrage für die künstlerischen Berufe sowie die großen und kleinen Kulturinstitutionen, deren Bestand keineswegs nur durch aktuelle Haushaltsprobleme ihrer Träger gefährdet ist. Schulen, Kulturinstitutionen und Künstler müssen die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am künstlerischen Leben ermöglichen und fördern, Kindertagesstätten neben ihrer Betreuungsaufgabe auch als Bildungseinrichtungen begriffen werden. Besonders wich-

tig ist die elementare Musik- und Kunsterziehung. Singen, Tanzen, Musizieren, Zeichnen und Gestalten schulen sowohl das Selbstbewußtsein wie die kommunikativen Fertigkeiten. Dazu können Kooperationen zwischen öffentlichen Musikschulen und Kindergärten wesentlich beitragen.

5. Langzeitstudien belegen, daß kulturelle Bildung wesentlich zum Erfolg auch in anderen Lernbereichen beiträgt und der Vermittlung eines verbindlichen Wertegerüsts dient. Damit weist sie einen Weg in ein selbstverantwortetes, selbstsicheres und von freien persönlichen Entscheidungen geprägtes Erwachsenenleben. Kulturelle Jugendarbeit fördert die Sprachfähigkeit, wirkt der sozialen Desintegration entgegen und trägt zum friedlichen Austausch zwischen Mitgliedern unterschiedlicher lebensweltlicher Milieus bei.

6. Die Vermittlung von Grundlagen und die Förderung von Interesse an bildender Kunst und Musik, wenn eben möglich auch die Motivation zur eigenen künstlerischen Betätigung, sind innerhalb und außerhalb der deutschen Schulen

längst notleidend geworden. Der allgemein beklagte Unterrichtsausfall ist in den musischen Fächern überdurchschnittlich, immer häufiger wird der Unterricht fachfremd erteilt, also ohne die unbestrittene Professionalität, die in geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern für unverzichtbar gehalten wird.

7. Der Ausbau von Ganztagschulen bietet die Chance, auch Kinder und Jugendliche musikalisch und künstlerisch zu fördern, die zum Beispiel aufgrund ihres sozialen oder familiären Hintergrundes keinen individuellen Zugang dazu finden. Dabei darf kulturelle Bildung nicht zum Lückenfüller für den Nachmittag in der Ganztagschule werden. Andererseits sind Angebote zur kulturellen wie zur sportlichen Betätigung weder Ersatz für die entsprechenden Schulfächer, deren Stellenwert im Fächerkanon quantitativ wie qualitativ dringend verbessert werden muß, noch für außerschulische kulturelle Bildung.

8. Angebote der kulturellen Bildung brauchen neben fachlich und pädagogisch geschultem Personal auch Möglichkeiten der direkten Begegnung mit

Künstlerinnen und Künstlern, mit Kunst und Bauwerken, das Erlebnis von Proben und Aufführungen. Diese Neuorientierung der musischen Bildung setzt bewußt auf Prägungen, die sich eignen, wenn Kinder und Jugendliche wie ihre Lehrer und Ausbilder mit Künstlerinnen und Künstlern im produktiven Austausch stehen und dabei die Authentizität künstlerischen Schaffens erfahren. In der Aus- und Fortbildung müssen die Lehrkräfte in ausreichender Zahl ebenso wie die Fachkräfte der kulturellen Bildung für ihre Aufgaben qualifiziert werden. Die Vermittler kultureller Bildung müssen ihre spezifischen Bildungskonzepte gegenseitig anerkennen, zur Zusammenarbeit bereit sein und ihre jeweiligen Aufgaben als Teile einer gemeinsamen Aufgabe begreifen.

9. Die Trägerstruktur in der kulturellen Kinder- und Jugendbildung muß geschützt und stabilisiert werden. Diese Trägerstruktur ist in Deutschland in Jahrzehnten gewachsen und breit gefächert. Sie reicht von Musikschulen über Jugendkunstschulen zu Vereinen, soziokulturellen Zentren, Kinder- und Jugendtheatern und anderen Einrichtungen kultureller Bildung in öffent-

licher und privater Trägerschaft. Damit verfügt Deutschland im europäischen Vergleich über eines der differenziertesten Instrumentarien im Bereich kultureller Bildung.

10. Die öffentliche Förderung von Kulturinstitutionen sollte die Verpflichtung zur Jugendarbeit und Medienbildung umfassen. Pädagogische Angebote in Museen, Archiven, Bibliotheken, Orchestern, Sprech-, Musik- und Tanztheater leisten einen wichtigen Beitrag.

Kulturelle Bildung muß auch Bestandteil der Medienbildung sein, Medienbildung muß auch kulturelle Orientierung ermöglichen. Besonders dringlich ist die Wiederentdeckung des Buches als unverzichtbares Medium kultureller Bildung. Kulturelle Bildung ist ohne Lesekompetenz und die Fähigkeit zum Verständnis von Texten undenkbar. Besonders Aufmerksamkeit verdient auch in diesem Zusammenhang die Situation an Schulen, von denen nur noch etwa jede fünfte über eine eigene Schulbibliothek verfügt. Beispielhaft sind Initiativen einiger Städte und Kreise, Stadtbibliotheken und deren Zweigstellen grundsätzlich in Schulen einzurichten.

» BUCHTIPP

■ Frank Brettschneider: Spitzenkandidaten und Wahlerfolg.

Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, 256 Seiten.

Was beeinflusst die Wähler bei ihrer Stimmabgabe? Bedeutet die zunehmende Personalisierung der politischen Programme eine Entkopplung der Kandidaten von ihrer Partei oder dominieren die Spitzenpolitiker die öffentliche Wahrnehmung der Parteilinie? Brettschneider, Prof. für Kommunikationswissenschaft, stellt eine empirische Studie zum Wahlerfolg durch Personalisierung der Spitzenkandidaten vor. Erforscht wurden die Wahlerfolge unter Gesichtspunkten der Personalisierung in Deutschland, England und den USA von 1960 – 2000. Diagramme und Tabellen visualisieren die empirischen Befunde und tragen zu einem schnellen Überblick über die Forschungsergebnisse bei. Ein theoretischer Teil klärt auf über das „issue-“ und das „candidate-voting“ und die „Amerikanisierung“ des deutschen Wahlkampfes.

Empfehlung: Die Studie vermittelt zwar keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich des Wahlverhaltens, untermauert aber durch empirische Befunde die bisherigen Theorien der Forschungsliteratur und zeigt die Verantwortung von Politikern, Wählern und Medien.

Brandenburg

Chance, stärkste Partei zu werden

Die brandenburgische CDU ist mit heftiger Kritik an der rot-grünen Bundesregierung in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes gestartet.

Bei der Auftaktkundgebung in Cottbus rügten Angela Merkel und CDU-Landeschef Jörg Schönbohm vor allem handwerkliche Fehler und eine mangelnde Informationspolitik bei der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes.

In ihrer Rede hat Angela Merkel Rot-Grün bei der Umsetzung von „Hartz IV“ schwere handwerkliche Defizite vorgeworfen. Die CDU-Vorsitzende kritisierte „die Unfähigkeit der Bundesregierung und speziell von Bundeskanzler Gerhard Schröder“, der Bevölkerung die Arbeitsmarktreform zu erklären. Das habe bei den Menschen „großes Unverständnis“ hervorgerufen. Es sei beispielsweise ein „dramatischer Fehler“ gewesen, zuerst die Antragsformulare für das Arbeitslosengeld II zu verschicken und erst dann an eine Informationskampagne zu denken. Merkel unterstrich, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe könne nur verantwortet werden, wenn sich



Brandenburgs Generalsekretär Thomas Lunacek, Jörg Schönbohm, Angela Merkel, Georg Milbradt (v. l.)

gleichzeitig die Chancen von Arbeitslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt verbesserten. Deshalb schlage die Union zur Schaffung neuer Jobs Lohnkostenzuschüsse vor. Der PDS warf Merkel bezüglich Hartz IV „Fehlinformation“ vor.

Der Vorsitzende der brandenburgischen CDU und stellvertretende Ministerpräsident des Landes, Jörg Schönbohm, bekräftigte, dass er für die CDU am 19. September dank der programatischen Schwerpunkte Haushaltssanierung, Bildung, Wirtschaft und Arbeit auf einen Wahlsieg hoffe. „Wir haben gute

Chancen, stärkste Partei zu werden“, unterstrich Schönbohm. Während sich die Sozialdemokraten im Wahlkampf nur für den Ministerpräsidenten und SPD-Chef Matthias Platzeck engagierten, setzte sich die CDU für das Land ein.

Sachsens Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Georg Milbradt forderte die Bundesregierung auf, die erforderlichen Nachbesserungen bei der Arbeitsmarktreform zügig durchzusetzen. „Wenn die Reform mit Abzocke gleichgesetzt wird, machen die Bürger nicht mit“, sagte der Gastredner in Cottbus.

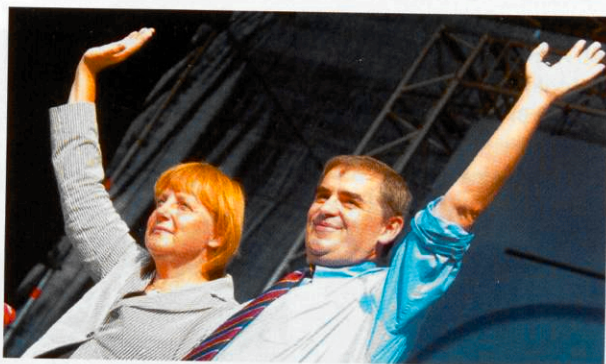
Saarland

CDU ist auf Kurs

Drei Wochen vor der Landtagswahl hat die CDU den Wahlkampf-Endspurt im Saarland eingeläutet.

Vor 15000 Menschen, die aus dem gesamten Saarland angereist waren, riefen Ministerpräsident Peter Müller und die CDU-Vorsitzende Angela Merkel dazu auf, trotz der guten Ausgangslage der allein regierenden CDU am 5. September um jede Stimme zu kämpfen. Sein Ziel sei es, das beste Ergebnis der CDU in der Geschichte des Landes zu erreichen, sagte Müller beim traditionellen Familienfest der CDU-Saar.

An die Adresse der rot-grünen Bundesregierung in Berlin gewandt, machte die Vorsitzende der CDU Deutschlands in ihrer Rede deutlich, dass man auch gut regieren könne. Seit die CDU 1999 die Regierung im Saarland übernommen hätte, würde es mit dem Saarland aufwärts gehen. Ministerpräsident Müller habe nicht nur durch seine Wirtschafts- und Bildungspolitik im Lande Punkte sammeln können, sondern auch überregional durch seine Rolle in der Zuwanderungsdebatte. Mit Blick auf die Arbeitsmarktreform Hartz IV warf Angela



Merkel der Bundesregierung erneut falsche Informationspolitik vor. „Das ist nicht Hartz IV, das ist Murks IV“, sagte Merkel. „Wer etwas von den Menschen fordert, der muss sie auch fördern“, sagte Merkel und fügt hinzu: „Und genau das kommt jetzt zu kurz.“ Die Vorsitzende kritisierte, dass die Bundesregierung im Zuge der Hartz-Reform den zweiten Arbeitsmarkt aufblähen würde. „Das ist unser Hauptkritikpunkt bei der Umsetzung der Hartz-Reform“, sagte sie. Angela Merkel bekräftigte die Absicht der CDU, bei neuen Arbeitsplätzen für ältere Beschäftigte den Kündigungsschutz zu ändern. Ziel sei es, Arbeitslose über 50 besser vermitteln zu können.

Den Abschluss der Kundgebung bildete die vielfach

durch starken Applaus begleitete Rede des Landesvorsitzenden der CDU Saar, Ministerpräsident Peter Müller. Dieser zog eine positive Bilanz der fünfjährigen CDU-Regierungspolitik und stimmte die begeisterten Zuhörern mit einer Werbung für die Ideen und Konzepte der CDU Saar auf die anstehende Landtagswahl ein.

„Das diesjährige Familienfest der CDU Saar war ein voller Erfolg. Ich freue mich, dass so viele Menschen aus dem ganzen Saarland unserer Einladung gefolgt sind und mit uns gemeinsam ein ausgesprochen gelungenes Familienfest gefeiert haben“, so der über das Mobilisierungspotential der CDU Saar sichtlich erfreute Peter Müller zum Abschluss des Festes.

Arbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen in Brüssel gegründet

Ein Arbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (ACDJ) Brüssel hat sich aus den Reihen des CDU-Auslandsverbandes Brüssel-Belgien am 14. Juli 2004 auf Anregung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) konstituiert.

Damit sind die CDU-Juristen – der BACDJ ist eine Sonderorganisation der CDU Deutschlands – nun in allen Landesverbänden der CDU mit eigenen Gliederungen präsent.

Der ACDJ Brüssel, zu dessen Vorsitzenden Marcus Wenig gewählt wurde, wendet sich an Juristen, die in den verschiedenen europäischen Institutionen und Verbänden tätig sind.

Bei der Veranstaltung anlässlich der Gründung des ACDJ in den Räumen der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel sprachen nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden der CDU Brüssel-Belgien, Thomas Jansen, der BACDJ-Vorsitzende Norbert Röttgen sowie die stellvertretende Vorsitzende Barbara Richstein, Justiz- und Europaministerin des Lan-



Der BACDJ-Vorsitzende Norbert Röttgen (r.) begrüßt die Gäste der Veranstaltung

des Brandenburg. Hartmut Nassauer, Vorsitzender der deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion, und Klaus-Heiner Lehne, Obmann der EVP-Fraktion im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments, beglückwünschten die Gründer des ACDJ Brüssel. Ein weiteres Grußwort hielt Professor Carl Otto Lenz, ehemaliger Generalanwalt beim EuGH und langjähriges Vorstandsmitglied sowohl der Brüsseler CDU wie auch des BACDJ.

Der BACDJ-Vorsitzende Norbert Röttgen betonte, das Ziel der Arbeit des ACDJ Brüssel müsse sein, einen Beitrag dazu zu leisten, die europapolitischen Themen in die nationale Innenpolitik zu transportieren. „Die Europapolitik

muss viel stärker als bisher Gegenstand innenpolitischer Debatten – auch im Deutschen Bundestag – werden. Dabei ist der Querschnittscharakter der Europapolitik von besonderer Bedeutung. Wenn der Deutsche Bundestag nicht weiterhin bei der europapolitischen Gesetzgebung außen vor bleiben will, muss die Behandlung europäischer Gesetzesvorhaben zum frühest möglichen Zeitpunkt ein organisierter Bestandteil der Arbeit der einzelnen Fachausschüsse des Deutschen Bundestages werden. Wir müssen bereits im Beratungsstadium Einfluss auf Gesetzgebungsvorhaben der EU-Kommission nehmen, um aktiv daran mitwirken zu können“, so Röttgen.

Pöttering begrüßt Aufgabenaufteilung der künftigen EU-Kommission

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat die Vorstellung der Ressortverteilung für die künftige Europäische Kommission durch den gewählten Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso begrüßt.

Positiv sei, dass die Kommissare gleichberechtigt im Team arbeiten sollen, dessen Führung aber eindeutig bei Barroso liegen werde, und dass es einen hohen Anteil an kompetenten Frauen in der Kommission geben werde, sagte Pöttering.

„Entscheidend ist aber, dass es zwischen den Kommissaren und innerhalb der Ressorts keine Überschneidungen gibt. Wenn Kommissar Verheugen zum Beispiel für die Industriepolitik und gleichzeitig für Fragen des Binnenmarkts zuständig ist, so muss gesichert werden, dass es keinen staatlichen Interventionismus gibt, sondern der freie Binnenmarkt gewährleistet wird. Dabei sollte dem Mittelstand als der wichtigsten Säule der Europäischen Wirtschaft besondere Beachtung geschenkt werden.“



Hans-Gert Pöttering

Zu begrüßen sei auch, dass der Lissabon Prozess, also die Stärkung der Europäischen Wettbewerbsfähigkeit, von einem Kommissionsmitglied wahrgenommen wird. Dies erfordere eine enge Kooperation mit allen Ressorts, die für Fragen der Wirtschaft sowie der Ausbildung und der Forschung zuständig sind.

In Bezug auf das Außenressort begrüßte der EVP-ED-Fraktionschef, dass den Nachbarschaftsbeziehungen eine hohe Priorität eingeräumt werden soll. Dabei müsse im Süden dem Verhältnis zu den arabischen und den islamischen Staaten große Bedeutung beigemessen werden. Im Osten sollte die Kommission insbesondere dazu beitragen, die

Demokratisierung Weißrusslands anzumahnen und die Beziehungen zu der Ukraine und zu Russland auf der Grundlage fairer Partnerschaft auszubauen.

„Die Zuweisung der Themen Verwaltung, Haushaltsentlastung und Betrugsbekämpfung an einen Vizepräsidenten ist dann sehr positiv, wenn dieses Kommissionsmitglied auch seiner umfanglichen Berichtspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament nachkommt“, sagte Pöttering.

„Die Absicht des neuen Kommissionspräsidenten mit den anderen Institutionen, insbesondere mit dem Europäischen Parlament, eng zusammenzuarbeiten ist eine gute Grundlage für den Erfolg“, so Hans-Gert Pöttering.

Wenn sich alle Europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten dabei von Bürgernähe, Abbau von Bürokratie und den Prinzipien einer starken, wettbewerbsfähigen und demokratischen Europäischen Union leiten lassen, werden die Jahre 2004-2009 Europa weiter nach vorne bringen, so der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion.

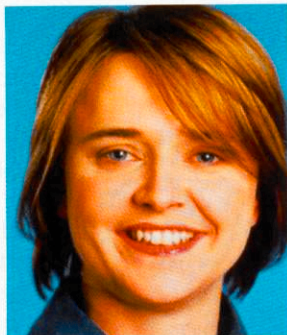
Gesundheitsprämie oder Bürgerversicherung

Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?

Der nachfolgende Beitrag will eine Antwort auf die Frage geben, ob die Bürgerversicherung oder das Prämienmodell der CDU sozialer, gerechter und zukunftsfähiger – also nachhaltiger – ist. Kernelement des Gesundheitsprämienmodells ist ein einkommensunabhängiger, einheitlicher Betrag je Erwachsenen. Ein Sozialausgleich über Steuern, soll sicherstellen, dass niemand mehr als maximal 15 Prozent seines Bruttoeinkommens zur Finanzierung der Prämie aufwendet. Auch für Kinder wird jeweils eine Gesundheitsprämie entrichtet, die aus dem ausgezahlten und versteuerten Arbeitgeberbeitrag durch die Kindergeldstelle finanziert wird.

1.

„Sozial ist, was Arbeit schafft“. Unter dieses Motto hat die CDU ihre Überlegungen zur Neuordnung der Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gestellt. Die Gesundheitsprämie führt laut Sachverständigenrat der Bundesregierung



Annette Widmann-Mauz

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu einem Beschäftigungswachstum zwischen 2,4 v. H. und 3,6 v. H.. Das heißt, es könnten bis zu 1,4 Millionen neue Jobs entstehen. Denn durch die Auszahlung des bisherigen prozentualen Arbeitgeberanteils werden die Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten entkoppelt und damit verlieren die GKV-Beiträge ihren beschäftigungshemmenden Lohnsteuercharakter. Für den Arbeitgeber entfällt die Verteuerung des Bruttolohns, was Anreiz für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist. Und – anders als bei einer Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages, die im Falle von Beitrags erhöhungen einseitige Belastungen

der Arbeitnehmer zur Folge hat – bleibt dem Arbeitnehmer infolge der Entkopplung netto mehr in der Tasche, insbesondere im Falle einer Lohnerhöhung.

Die Bürgerversicherung hingegen schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern bedeutet laut Sachverständigenrat der Bundesregierung einen Beschäftigungsrückgang bis zu 3,0 v. H.. Das heißt, weitere 1,25 Millionen Arbeitsplätzen gehen verloren. Das können wir uns nicht leisten.

2.

Gemeinhin nimmt die Bürgerversicherung für sich in Anspruch, auch die gerechtere Variante zu sein. Auch das trifft nicht zu. Vielmehr werden bereits heute im System bestehende Ungerechtigkeiten bei der Beitragsbemessung einfach fortgeschrieben. Zwar versucht die Bürgerversicherung andere Einkunftsarten wie z.B. Zins- und Mieteinnahmen für die Beitragsbemessung heranzuziehen, stößt dabei aber auf eine Reihe von praktischen, nicht

lösbarer Problemen, insbesondere bei der Erfassung von Miet- und Zinseinkünften durch die Kassen. Diese Probleme kennt das Gesundheitsprämienmodell nicht. Für diese ist es egal, ob jemand sein Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder aus Kapitaleinkünften bezieht. Die Prämie ist gleich. Beim Modell der CDU zahlt jeder Erwachsene den gleichen Betrag, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Gesundheitszustand. Der Solidarausgleich zwischen alt und jung, krank und gesund bleibt somit erhalten. Damit niemand finanziell überfordert wird, wird eine Belastungsgrenze eingezogen, die maximal 14 Prozent bis 15 Prozent des Bruttoeinkommens ausmacht. Wenn die Belastung durch die Gesundheitsprämie diese Belastungsgrenze übersteigt, dann besteht Anspruch auf finanzielle Hilfe zur Finanzierung des Beitrags. Dieser soziale Ausgleich erfolgt über das Steuersystem.

Denn das Steuersystem kann viel besser als die gesetzliche Krankenversicherung die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Mitglieds abbilden. Im Steuerrecht werden alle Einkunftsarten, also Erwerbseinkommen, Renten, Pensionen, Mieten, Pach-

ten, Zinseinkünfte, etc. einbezogen. Außerdem berücksichtigt das Steuersystem außerordentliche Belastungen, z.B. durch entsprechende Freibeträge für Kinder oder Splitting bei Ehepartnern. Das Steuerrecht erfasst auch alle Bevölkerungsgruppen, nämlich abhängig Beschäftigte, Selbständige, Beamte, Rentner und Pensionäre.

Das bedeutet, dass sich alle am sozialen Ausgleich beteiligen, auch Beamte, Pensionäre und Selbständige. Man muss diese Personen nicht zu Mitgliedern der GKV machen, um sie an den Solidarlasten zu beteiligen. Die Beteiligung über die Steuer ist sogar ohne Verletzung verfassungsrechtlich geschützter Vertrauenstatbestände möglich und effektiver als über die Erweiterung des heutigen GKV-Versicherungskreises. Denn im Gegensatz zur GKV kennt das Steuerrecht keine Beitragsbemessungsgrenze, so dass sich der Gutverdiener infolge der Steuerprogression mit einem höheren Beitrag am Solidarausgleich beteiligt als dies in der GKV möglich ist.

Das Gesundheitsprämienmodell der CDU stellt daher – besser als es die GKV heute tut und die Bürgerversicherung jetun kann – soziale Gerechtigkeit her.

3.

Und schließlich gibt die Bürgerversicherung auch keine Antwort auf die Alterung unserer Gesellschaft. Ihr mangelt es damit an der notwendigen Nachhaltigkeit. Bereits heute werden zwei Drittel der Ausgaben der Krankenversicherung der Rentner (KvdR) von den Erwerbstätigen über deren Beiträge finanziert. Wenn die Zahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Ruhegeldempfängern in Zukunft schrumpft, dann wird das Finanzierungsproblem der KvdR nicht mehr zu beherrschen sein. Wir brauchen daher eine einheitliche Prämie, die bei Überschreiten der Belastungsgrenze über das Steuersystem abgedeckt wird. Selbst die Gewerkschaften haben mittlerweile die Vorzüge einer Unterstützung über das Steuersystem erkannt.

Das lässt auch für das unionsinterne Ringen um den besten Weg hoffen. Ich bin zuversichtlich, dass wir am Jahresende eine gemeinsame Lösung haben, die die bessere Alternative zu Rot-Grün in der Gesundheitspolitik sein wird.

Annette Widmann-Mauz

ist gesundheitspolitische Fraktionssprecherin.

Verlässliche Finanz- ausstattung der Kommunen nur mit Reformen möglich

Erklärung anlässlich der aktuellen Entwicklung der Gemeindefinanzen und den Äußerungen von SPD-Politikern, für die derzeit positivere Entwicklung verantwortlich zu sein:

Die kommunale Finanzlage kann – ebenso wie die Lage der Haushalte von Bund, Ländern und Sozialversicherungen – langfristig nur dann verbessert werden, wenn durch Reformen in der Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.

Die SPD zieht aus der momentan kurzfristig verbesserten Einnahmesituation der Gemeinden falsche Schlüsse.

Sofort die von der SPD initiierte und durchgesetzte Mindeststeuer zwar kurzfristig zu höheren kommunalen Einnahmen, sie verringert aber die Bereitschaft von Unternehmen, künftig in Deutschland zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen, und sie verringert damit künftiges Wachstum. Die SPD erkennt die wirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge.



Michael Meister

Die andauernde Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sind die Hauptgründe für die schlechte Entwicklung der Haushaltslage bei Bund, Ländern, Gemeinden und großen Teilen der Sozialversicherungssysteme.

Die deutsche Gewerbesteuer wird von Unternehmen weltweit als Standortnachteil gesehen. Zudem schwankt sie im Hinblick auf ihr Aufkommen erheblich, sodass den Gemeinden eine verlässliche Einnahmequelle fehlt.

Die Kommunen benötigen ergiebige Einnahmequellen, und auch Unternehmensansiedlungen durch Kommunen müssen honoriert werden.

Die Union hat deshalb vorgeschlagen, im Rahmen einer Reform der Kommunal Finanzen die Gewerbesteuer – die Unternehmen sehr unterschiedlich belastet – künf-

tig durch eine Beteiligung der Kommunen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht zu ersetzen.

Die Debatte in der SPD, die Gewerbesteuer durch immer weitere Reparaturen zu retten, ist rückwärts gewandt. Die Koalition bleibt bis heute eine Antwort und das vor langem versprochene Konzept schuldig, wie den Gemeinden dauerhaft eine stetige, verlässliche Einnahmequelle gesichert werden kann.

Es war die Union, die durchgesetzt hat, dass den Kommunen für eine Übergangszeit dadurch finanziell geholfen wird, dass die Gewerbesteuerumlage wieder abgesenkt wurde.

Die Koalition darf sich nicht am kurzfristigen Einnahmepuls bei der Gewerbesteuer orientieren, das eine vorhersehbare Folge der beschlossenen Maßnahmen war. Reformen sind unabdingbar, um langfristig stabile Kommunaleinnahmen zu sichern. Hierzu gehören eine große Steuerreform und weitere Reformen am Arbeitsmarkt sowie in den sozialen Sicherungssystemen. Die Regierung ist bisher hierauf schlüssige Antworten schuldig geblieben.

Michael Meister ist der finanzpolitische Fraktions-sprecher.

Weit mehr als 69 Kreise wollen die eigenständige Trägerschaft

Stellungnahme zu dem enormen Interesse der betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte an einer eigenständigen Trägerschaft des Arbeitslosengeld I:

Die früheren Behauptungen der Bundesregierung sind widerlegt. Tatsächlich wollen wesentlich mehr Landkreise die Langzeitarbeitslosen in Eigenregie betreuen und in Arbeit vermitteln. Die rot-grüne Ideologie des Zentralismus mit zusätzlich 24.200 Beschäftigten bei der Bundesagentur für Arbeit wird damit von der Realität überholt.

Zur Erinnerung: Die Ausgangsposition und die strikte Verhandlungsführung der Union gegenüber Rot-Grün in Sachen kommunaler Trägerschaft sind eindeutig zu interpretieren: Ziel der Union ist es, mit Hilfe des Kreativitätspotenzials der Kommunen die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen strukturell zu verbessern. Ordnungspolitisch wollten CDU, und CSU daher die Trägerschaft des neuen Arbeitslosengelds II grundsätzlich dezentralisieren und den Land-



Peter Götz

kreisen und kreisfreien Städten zugestehen. Das verhin- derte jedoch die rot-grüne Mehrheit im Bundestag.

Die Reform aus diesen Gründen scheitern zu lassen, wäre angesichts der schweren Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrise Deutschlands nicht zu verantworten gewesen. Der Union geht es vor allem darum, Langzeitarbeitslose schnell wieder in Lohn und Brot zu bringen, um ihnen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und die exorbitant steigenden Sozialkosten zu senken.

Im Vermittlungsausschuss konnte die Union bewirken, dass wenigstens 69 Modellkreise die Möglichkeit erhalten, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen unabhängig von der Bundesagentur für Arbeit in eigener Regie zu übernehmen. Dabei bleibt das Ergebnis ein Kompromiss. Die Union hat es sich

von Anfang an vorbehalten, nach einer Regierungsübernahme die Arbeitsvermittlung qualitativ weiter zu verbessern.

Vorwürfe wie „Volksfrontbildung“ und „in die Büsche schlagen“ sind leicht durchschaubare taktische Ablenkungsmanöver. Angesichts der Zerrissenheit der SPD und dem Zuständigkeits-Hickhack zwischen Bundesministerium, -presseamt und -agentur für Arbeit bleibt vielmehr die Bundesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die gemeinsamen Beschlüsse handwerklich ordentlich umgesetzt werden.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

IN KÜRZE

- Sind Sie fit mit Wissen rund um Parlament, Politik und Geschichte? Dann machen Sie mit beim Online-Quiz auf der Internetseite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- Einfach auf www.cducusu.de klicken und interessante Sachpreise gewinnen

Sonderpreise



CDU-Seemannsrucksack

blau
Bestell-Nummer: **9661**
gelb
Bestell-Nummer: **9662**

Preis je **1 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €

~~11,00 €~~
7,00 €
8,12 €



CDU-Handysessel

orange
Bestell-Nummer: **9659**
blau
Bestell-Nummer: **9660**

Preis je **1 Stück: 2,50 €**
inkl. MwSt.: 2,90 €

~~2,50 €~~
1,00 €
1,16 €



CDU-Spritztiere

Bestell-Nummer: **9559**
Preis je **30 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: 17,40 €

~~11,00 €~~
7,00 €
8,12 €

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je **20 Stück: ~~16,00 €~~**

inkl. MwSt.: ~~17,60 €~~

25,85 €

29,99 €



CDU-Scooter

inkl. Rucksack

Bestell-Nummer: **9673**

Preis je **Stück: ~~2,00 €~~**

inkl. MwSt.: ~~2,20 €~~

12,92 €

14,99 €



Papier-Dekorationselemente „CDU“

4 verschiedene Dekorationselemente für Events zum Ausschmücken von Innenräumen. Komplettpaket mit

Anleitung bestehend aus: 2 Dropgirlanden, 2 Fächern,

4 Fahnenketten (Gesamtlänge 4,5 m) und 6 Tischständern.

Bestell-Nummer: **9893**

Preis je **Deko-Paket: ~~29,00 €~~**

inkl. MwSt.: ~~31,60 €~~

15,00 €

17,40 €



Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle. Ausstattung: Vorder und Taschenreißverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband, mit Stopper und integrierter Kapuze.



Größe L: Bestell-Nummer: **9840**

Größe XL: Bestell-Nummer: **9841**

Größe XXL: Bestell-Nummer: **9842**

Preis je Windbreaker: ~~2,90 €~~ **12,80 €**
inkl. MwSt.: 28,88 € ~~31,78 €~~ **14,85 €**

Tasse „Jammert mir nichts vor, ich habe CDU gewählt“

Bestell-Nummer: **9514**

Preis je **6 Stück**: ~~1,00 €~~ **7,50 €**
inkl. MwSt.: 11,60 € ~~12,60 €~~ **8,78 €**

**Straßenatlas Deutschland**

Mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**

Preis je **10 Stück**: ~~1,00 €~~ **12,00 €**
inkl. MwSt.: 17,40 € ~~18,40 €~~ **13,92 €**

**CDU-Memoclip**

mit Lasergravur

Bestell-Nummer: **9747**

Preis je **5 Stück**: ~~3,50 €~~ **7,90 €**
inkl. MwSt.: 11,02 € ~~11,75 €~~ **9,16 €**



Leporello
„So entstehen neue Jobs“

Bestell-Nummer: **2171**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Das Steuermodell der CDU“

Bestell-Nummer: **2172**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Willkommen in der CDU“

Bestell-Nummer: **5932**
 Preis je **100 Stück: 16,50 €**
 inkl. MwSt.: 17,66 €



Folder „Sozial ist was Arbeit schafft“

Bestell-Nummer: **2085**
 Preis je **100 Stück: 10,00 €**
 inkl. MwSt.: 10,70 €



Union Betriebs GmbH
 Postfach 1190
 53348 Rheinbach
 PVSt, Deutsche Post AG
 Entgelt bezahlt.

| Zeugnis für 6 Jahre Rot-Grün | | | |
|---------------------------------|----------|---------|-------|
| Bestandteil | Code | Einheit | Preis |
| Aufstellung | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001001 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001002 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001003 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001004 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001005 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001006 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001007 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001008 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001009 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001010 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001011 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001012 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001013 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001014 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001015 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001016 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001017 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001018 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001019 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001020 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001021 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001022 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001023 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001024 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001025 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001026 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001027 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001028 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001029 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001030 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001031 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001032 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001033 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001034 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001035 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001036 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001037 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001038 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001039 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001040 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001041 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001042 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001043 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001044 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001045 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001046 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001047 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001048 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001049 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001050 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001051 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001052 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001053 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001054 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001055 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001056 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001057 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001058 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001059 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001060 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001061 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001062 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001063 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001064 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001065 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001066 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001067 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001068 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001069 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001070 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001071 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001072 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001073 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001074 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001075 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001076 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001077 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001078 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001079 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001080 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001081 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001082 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001083 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001084 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001085 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001086 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001087 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001088 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001089 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001090 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001091 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001092 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001093 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001094 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001095 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001096 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001097 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001098 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001099 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |
| 10001100 | 10000101 | 4,36 | 6,80 |

Zeugnis „Für 6 Jahre Rot-Grün“

Bestell-Nummer: **2174**
 Preis je 200 Stück: **21,00 €**
 inkl. MwSt.: 22,47 €



Aktionszeitung 3/2004

Bestell-Nummer: **1013**
 Preis je 250 Stück: **18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de